

D 90 — 2967

**12. NOVEMBER 1990. — Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einsetzung Paritätischer Kommissionen für das freie subventionierte Unterrichtswesen und zur Festlegung ihrer Bezeichnung, Befugnisse, Zusammensetzung und Arbeitsweise**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. und 18. Juli 1990;

Aufgrund des Gesetzes vom 29. Mai 1989 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, insbesondere die Artikel 12 bis, § 3, Punkt b und 45, abgeändert durch das Gesetz vom 11. Juli 1973;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden, zuständig für des Haushalt, vom 6. November 1990;

Aufgrund der Konsultierung der repräsentativsten Verbände der Schulträger und der Personalmitgliedervereinigungen des freien subventionierten Unterrichtswesens, die einer im Nationalen Arbeitsrat vertretenen Gewerkschaftsorganisation angeschlossen sind;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß es unbedingt erforderlich ist, daß die vorliegenden Bestimmungen umgehend in Kraft treten, angesichts der gegebenen Sachlage, die die öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen drohen;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,

Beschließt :

**KAPITEL I. — Einleitende Bestimmungen**

**Artikel 1.** Für das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft freie subventionierte Unterrichtswesen werden Paritätische Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingesetzt, deren Bezeichnung, Befugnisse, Zusammensetzung und Arbeitsweise in diesem Erlaß festgelegt werden.

Für die Anwendung dieses Erlasses ist zu verstehen unter :

1. « Arbeitgeber » : der Schulträger aus dem freien subventionierten Unterrichtswesen;
2. « Arbeitnehmer » : das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierte Personalmitglied der subventionierten Einrichtungen des freien Unterrichtswesens;
3. « das Gesetz » : das Gesetz vom 29. Mai 1989 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung;
4. « Arbeitgeberorganisationen » : die repräsentativsten Verbände der Schulträger im freien subventionierten Unterrichtswesen;
5. « Arbeitnehmerorganisationen » : die Personalmitgliedervereinigungen aus dem freien subventionierten Unterrichtswesen, die einer im Nationalen Arbeitsrat vertretenen Gewerkschaftsorganisation im Sinne von Artikel 45, § 1 des Gesetzes angeschlossen sind.

**KAPITEL II. — Die Zentrale Paritätische Kommission**

**Art. 2. § 1.** Eingesetzt wird eine « Zentrale Paritätische Kommission für das freie subventionierte Unterrichtswesen », im folgenden « Zentrale Paritätische Kommission » genannt.

§ 2. Die Zentrale Paritätische Kommission ist befugt :

1. für die in Artikel 45, § 9, des genannten Gesetzes erwähnten Angelegenheiten, die sich auf alle Unterrichtsstufen des freien subventionierten Unterrichtswesens beziehen;
2. alle anderen Angelegenheiten, die der Kommission ausdrücklich aufgetragen werden.
3. Auf Ersuchen eines Schulträgerverbandes kann die Exekutive eine oder mehrere Subkommissionen einsetzen. Auf Empfehlung der Zentralen Paritätischen Kommission bestimmt die Exekutive, welche Personen und welches Gebiet zu deren Geltungsbereich gehören.

Die Entscheidungen dieser Paritätischen Subkommissionen sind erst wirksam, nachdem sie von der Zentralen Paritätischen Kommission bestätigt worden sind.

**Art. 3. § 1.** Die Zentrale Paritätische Kommission setzt sich zusammen :

- a) vier Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und vier Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen;
- b) einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden;
- c) maximal zwei Berichterstattern;
- d) einem Schriftführer und einem beigeordneten Schriftführer.

§ 2. Die unter c) und d) genannten Mitglieder unterstehen der Dienstaufsicht des Vorsitzenden der Zentralen Paritätischen Kommission oder dessen Stellvertreters.

§ 3. Die Exekutive bestimmt, auf welche Entschädigungen die Mitglieder Anrecht haben.

**Art. 4. § 1.** Für jedes stimmberechtigte Mandat wird ein effektives Mitglied und ein Ersatzmitglied bezeichnet. Ein Ersatzmitglied kann nur als Ersatz für ein effektives Mitglied tagen, das dieselbe Organisation vertritt.

§ 2. Das Mandat der Mitglieder dauert vier Jahre. Es kann erneuert werden. Die Mitglieder bleiben im Amt, bis ihre Nachfolger bezeichnet sind.

Das Mandat eines effektiven Mitglieds oder eines Ersatzmitglieds endet :

1. wenn die Dauer des Mandats abgelaufen ist;
2. im Fall eines Rücktritts;
3. wenn die Organisation, die den Betroffenen vorgeschlagen hat, um dessen Ersatz bittet;
4. wenn der Betroffene nicht mehr der Organisation angehört, die ihn vorgeschlagen hat;
5. im Todesfall;
6. wenn er das fünfundsiebzehnte Lebensjahr erreicht hat.

Jedes Mitglied wird sofort ersetzt, dessen Mandat vor dem normalen Ablauf zu Ende gegangen ist. In diesem Fall beendet das neue Mitglied das Mandat des Mitglieds, das es ersetzt.

§ 3. Die Teilnahme von Personalmitgliedern aus dem freien subventionierten Unterrichtswesen an Tätigkeiten und Versammlungen der Zentralen Paritätischen Kommission gilt als Einsatz im aktiven Dienst. Die Mitglieder behalten sämtliche Vorteile, die mit ihrem Amt verbunden sind, einschließlich der Gehaltserhöhungen und Entschädigungen.

Art. 5. Sitz der Zentralen Paritätischen Kommission für das freie subventionierte Unterrichtswesen ist Eupen.

### KAPITEL III. — Die Paritätischen Kommissionen

Art. 6. § 1. Folgende Paritätischen Kommissionen werden eingesetzt :

- a) die Paritätische Kommission für den freien subventionierten Grund- und Sonderschulunterricht;
- b) die Paritätische Kommission für den freien subventionierten Sekundar- und Hochschulunterricht.

§ 2. Auf Ersuchen eines Schulträgerverbandes kann die Exekutive eine oder mehrere Subkommissionen einsetzen. Auf Empfehlung der Zentralen Paritätischen Kommission bestimmt die Exekutive, welche Personen und welches Gebiet deren Geltungsbereich angehören.

Die Entscheidungen dieser Paritätischen Subkommissionen sind erst wirksam, nachdem sie von der Zentralen Paritätischen Kommission bestätigt worden sind.

Art. 7. § 1. Die in Artikel 6 genannten Paritätischen Kommissionen sind befugt für :

- 1. die in Artikel 45, § 9, des Gesetzes erwähnten Angelegenheiten, die sich ausschließlich auf die entsprechende Unterrichtsstufe beziehen;
- 2. alle andere Angelegenheiten, die ihnen ausdrücklich aufgetragen werden;
- 3. für die von der zentralen Paritätischen Kommission weiterverwiesenen Angelegenheiten.

Art. 8. § 1. Die in Artikel 6 erwähnten Paritätischen Kommissionen setzen sich zusammen aus :

- a) vier Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und vier Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen;
- b) einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden;
- c) einem Berichterstatter;
- d) einem Schriftführer und einem beigeordneten Schriftführer.

Art. 9. Die Bestimmungen der Artikel 3, §§ 2 und 3, 4 und 5 gelten *mutatis mutandis* für die in Artikel 6 erwähnten Paritätischen Kommissionen.

### KAPITEL IV. — Allgemeine Bestimmungen

Art. 10. § 1. Jede Angelegenheit wird der Paritätischen Kommission auf Initiative des Vorsitzenden, einer Arbeitgeberorganisation oder einer Arbeitnehmerorganisation vorgelegt.

§ 2. Angelegenheiten, die von der Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation vorgebracht werden, müssen auf der nächsten Zusammenkunft behandelt werden. Diese Zusammenkunft hat innerhalb dreißig Tagen stattzufinden, nachdem die Angelegenheit vorgebracht wurde.

Art. 11. § 1. Der Vorsitzende erstellt die Tagesordnung unter Berücksichtigung der in Artikel 10 erwähnten Initiativen und legt das Datum der Sitzungen fest.

Er leitet die Diskussion, hält die Ordnung in den Sitzungen aufrecht und unterzeichnet die Korrespondenz im Namen der Kommission. Er vertritt die Kommission in den Beziehungen dieser Kommission zu Drittpersonen.

Die Mitglieder der Paritätischen Kommissionen sind berechtigt, diese Korrespondenz einzusehen.

§ 2. Die Schriftführer erfüllen ihren Auftrag unter der Aufsicht und Leitung des Vorsitzenden. Mindestens ein Schriftführer wohnt den Sitzungen der Kommission bei.

Art. 12. Die Einberufungen mit der Tagesordnung verschickt der Schriftführer mindestens zehn Tage vor dem Datum der Sitzung an die Mitglieder. Das Postdatum gilt als Versandnachweis.

Jeder Einberufung wird die für die Besprechung erforderliche Dokumentation beigelegt.

Im Hinblick auf die Besprechungen erhalten die beteiligten Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände alle erforderlichen Unterlagen.

Art. 13. Ein effektives Mitglied, das verhindert ist, sorgt dafür, daß es ersetzt wird. Wenn ein Ersatzmitglied ein effektives Mitglied ersetzt, benachrichtigt es den Vorsitzenden hiervon zu Beginn der Sitzung.

Art. 14. § 1. Die Paritätischen Kommissionen beraten und beschließen nur dann gültig, wenn mindestens die Hälfte der effektiven Mitglieder oder Ersatzmitglieder, die die Arbeitgeber vertreten, und die Hälfte der effektiven Mitglieder oder Ersatzmitglieder, die die Arbeitnehmer vertreten, anwesend sind.

§ 2. Die Mitglieder, die im Namen der Arbeitgeber tagen, und diejenigen, die im Namen der Arbeitnehmer tagen, müssen in gleicher Anzahl anwesend sein, um an der Abstimmung teilnehmen zu können. Gegebenenfalls wird die Parität wieder hergestellt.

§ 3. Ist die Hälfte der Mitglieder, die im Namen der Arbeitgeber tagen, oder die Hälfte der Mitglieder, die im Namen der Arbeitnehmer tagen, oder die Hälfte beider Gruppierungen nicht anwesend, so wird eine neue Sitzung einberufen, die ungeachtet der Anzahl anwesender Mitglieder gültig über die Punkte beraten und beschließen kann, die zum zweitenmal auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Art. 15. Jedes Mitglied ist berechtigt, in der Sitzung Änderungen der Tagesordnung vorzuschlagen.

Art. 16. Der Schriftführer der Paritätischen Kommission verfaßt die Sitzungsberichte.

Eine Abschrift der Sitzungsberichte wird den Mitgliedern zugesandt.

Die Mitglieder haben ab dem Postdatum des Versands der Sitzungsberichte vierzehn Tage Zeit, um dem Vorsitzenden ihre Bemerkungen zur Kenntnis zu bringen. Der Vorsitzende kann jedoch auf Vorschlag einer Delegation, nachdem er die anderen betroffenen Delegationen binnen der obenerwähnten vierzehntägigen Frist angehört hat, diese Frist ändern.

Wenn keine Textabänderung vorgeschlagen wird, sind die Sitzungsberichte endgültig. Anderenfalls werden die Bemerkungen auf einer der folgenden Sitzungen geprüft. Anhand der Schlußfolgerungen dieser Prüfung verfaßt der Schriftführer den endgültigen Wortlaut der Sitzungsberichte.

Eine Abschrift des endgültigen Wortlauts der Sitzungsberichte wird den Mitgliedern zugesandt.

Art. 17. Der Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien ist mit der Durchführung dieses Erlasses beauftragt.

Eupen, den 12. November 1990.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Vorsitzende,  
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,  
B. FAGNOUL

#### TRADUCTION

F 90 — 2987

12 NOVEMBRE 1990. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone portant création de Commissions paritaires de l'enseignement libre subventionné et fixation de leur dénomination, compétence, composition et fonctionnement

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiées par les lois du 6 et du 18 juillet 1990;

Vu la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, notamment les articles 12 bis, § 3, b, et 45, modifiés par la loi du 11 juillet 1973;

Vu l'accord du Président, compétent pour le budget, du 6 novembre 1990;

Vu la consultation des groupements les plus représentatifs des pouvoirs organisateurs et des associations du personnel de l'enseignement libre subventionné affiliées à une organisation syndicale représentée au Conseil national du Travail;

Vu les lois coordonnées sur le Conseil d'Etat du 12 janvier 1973, en particulier l'article 3, § 1<sup>er</sup>, modifiées par les lois du 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est absolument nécessaire que le présent arrêté soit pris rapidement vu les circonstances actuelles et afin de maintenir l'ordre public;

Sur proposition du Ministre communautaire de l'Enseignement, de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média,

Arrête :

#### CHAPITRE I<sup>er</sup>. — Dispositions préliminaires

Article 1<sup>er</sup>. Pour l'enseignement libre subventionné par la Communauté germanophone, sont créées des commissions paritaires d'employeurs et de travailleurs dont la dénomination, la compétence et le fonctionnement sont fixés par le présent arrêté.

Pour l'application du présent arrêté il faut entendre par :

- 1° « employeur » : le pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné;
- 2° « travailleur » : le membre du personnel, subventionné par la Communauté germanophone dans les établissements subventionnés de l'enseignement libre;
- 3° « la loi » : la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;
- 4° « organisations patronales » : les groupements les plus représentatifs des pouvoirs organisateurs de l'enseignement libre subventionné;
- 5° « organisations de travailleurs » : les associations du personnel de l'enseignement libre subventionné affiliées à une organisation syndicale représentée au Conseil national du Travail et visée à l'article 45, § 1<sup>er</sup>, de la loi.

#### CHAPITRE II. — La Commission paritaire centrale

Art. 2. § 1<sup>er</sup>. Il est créé une « Commission paritaire centrale de l'enseignement libre subventionné » dénommée ci-après « Commission paritaire centrale ».

§ 2. La commission paritaire centrale est compétente pour :

1. les affaires visées à l'article 45, § 9, de la loi, concernant tous les degrés d'enseignement de l'enseignement libre subventionné;
2. toutes les autres affaires confiées explicitement à la Commission.

§ 3. A la demande d'un groupement de pouvoirs organisateurs, l'Exécutif peut créer une ou plusieurs sous-commissions paritaires. Sur avis de la Commission paritaire centrale, l'Exécutif détermine les personnes et la région qui sont du ressort d'une sous-commission.

Les décisions de ces sous-commissions paritaires n'ont d'effet qu'après avoir été entérinées par la Commission paritaire centrale.

Art. 3. § 1<sup>er</sup>. La Commission paritaire centrale est composée :

a) de quatre représentants des organisations patronales et de quatre représentants des organisations de travailleurs;

b) d'un président et d'un vice-président;

c) de deux référendaires au maximum;

d) d'un secrétaire et d'un secrétaire adjoint.

§ 2. Les membres visés aux points c) et d) sont placés sous l'autorité hiérarchique du président de la Commission paritaire centrale ou de son suppléant.

§ 3. L'Exécutif fixe les indemnités auxquelles les membres ont droit.

**Art. 4. § 1<sup>er</sup>.** Pour chaque mandat avec voix délibérative sont désignés un membre effectif et un membre suppléant. Un membre suppléant ne peut siéger qu'en remplacement d'un membre effectif qui représente la même organisation.

§ 2. Le mandat des membres est de quatre ans. Il peut être renouvelé. Les membres restent en fonction jusqu'à la désignation de leurs successeurs.

Le mandat d'un membre effectif ou d'un membre suppléant prend fin :

- 1<sup>o</sup> à l'expiration du mandat;
- 2<sup>o</sup> en cas de démission;
- 3<sup>o</sup> lorsque l'organisation qui a présenté le membre concerné demande son remplacement;
- 4<sup>o</sup> lorsque le membre présenté ne fait plus partie de l'organisation qui l'a présenté;
- 5<sup>o</sup> en cas de décès;
- 6<sup>o</sup> lorsque le membre a atteint l'âge de soixante-cinq ans.

Il est pourvu immédiatement au remplacement de tout membre dont le mandat a pris fin avant l'expiration normale. Dans ce cas, le nouveau membre achève le mandat du membre qu'il remplace.

§ 3. La participation de membres du personnel de l'enseignement libre subventionné aux travaux et aux réunions de la Commission paritaire centrale est assimilée à une activité de service. Ils continuent à bénéficier de tous les avantages dont ils jouissaient dans leurs fonctions, y compris les augmentations de traitement et les indemnités afférentes à leurs fonctions.

**Art. 5.** Le siège de la Commission paritaire centrale de l'enseignement libre subventionné est établi à Eupen.

### CHAPITRE III. — *Les commissions paritaires*

**Art. 6. § 1<sup>er</sup>.** Les commissions paritaires suivantes sont créées :

- a) la commission paritaire de l'enseignement fondamental et spécial libre subventionné;
- b) la commission paritaire de l'enseignement secondaire et supérieur libre subventionné.

§ 2. A la demande d'un groupement de pouvoirs organisateurs, l'Exécutif peut créer une ou plusieurs sous-commissions paritaires. Sur l'avis de la Commission paritaire centrale, l'Exécutif détermine les personnes et la région qui sont du ressort d'une sous-commission.

Les décisions de ces sous-commissions paritaires n'ont d'effet qu'après avoir été entérinées par la Commission paritaire centrale.

**Art. 7. § 1<sup>er</sup>.** Les commissions paritaires visées à l'article 6 sont compétentes pour :

- 1<sup>o</sup> les affaires visées à l'article 45, § 9, de la loi qui se rapportent uniquement au degré concerné;
- 2<sup>o</sup> toutes les autres affaires qui leur sont explicitement confiées;
- 3<sup>o</sup> les affaires qui leur sont transmises par la Commission paritaire centrale.

**Art. 8.** Les commissions paritaires visées à l'article 6 sont composées :

- a) de quatre représentants des organisations patronales et de quatre représentants des organisations de travailleurs;
- b) d'un président et d'un vice-président;
- c) d'un référendaire;
- d) d'un secrétaire et d'un secrétaire adjoint.

**Art. 9.** Les dispositions des articles 3, §§ 2 et 3, 4 et 5, sont, *mutatis mutandis*, applicables aux commissions paritaires visées à l'article 6.

### CHAPITRE IV. — *Dispositions générales*

**Art. 10. § 1<sup>er</sup>.** Une affaire est soumise à la commission paritaire à l'initiative du président, d'une organisation patronale ou d'une organisation de travailleurs.

§ 2. Les affaires soumises par une organisation patronale ou une organisation de travailleurs doivent être traitées à la prochaine réunion. Cette réunion doit avoir lieu dans les trente jours après que l'affaire a été évoquée.

**Art. 11. § 1<sup>er</sup>.** Le président établit l'ordre du jour compte tenu des initiatives visées à l'article 11 et fixe la date des réunions.

Il dirige les débats, maintient l'ordre dans les réunions et signe la correspondance au nom de la Commission. Il représente la Commission dans les relations de la Commission avec des tiers.

Les membres de la commission ont le droit de prendre connaissance de cette correspondance.

§ 2. Les secrétaires remplissent leur mission sous l'autorité et la direction du président. Un secrétaire au moins assiste aux réunions de la Commission.

**Art. 12.** Les convocations reprenant l'ordre du jour sont envoyées aux membres par le secrétaire, au moins dix jours avant la date de la réunion, la date de la poste faisant foi.

Chaque convocation est accompagnée de la documentation indispensable à la discussion.

En vue de celle-ci, les groupements d'une organisation patronale ou d'une organisation de travailleurs reçoivent toute la documentation nécessaire.

**Art. 13.** Le membre effectif empêché pourvoit à son remplacement. Lorsqu'un membre suppléant remplace un membre effectif, il en avertit le président dès l'ouverture de la séance.

**Art. 14. § 1<sup>er</sup>.** Les commissions paritaires délibèrent valablement lorsqu'au moins la moitié des membres effectifs ou suppléants représentant les employeurs et la moitié des membres effectifs ou suppléants représentant les travailleurs, sont présents.

§ 2. Les membres qui siègent au nom de employeurs et ceux qui siègent au nom des travailleurs doivent être en nombre égal pour participer au vote.

Le cas échéant, la parité sera rétablie.

§ 3. Si la moitié des membres siégeant au nom des employeurs ou si la moitié des membres siégeant au nom des travailleurs, ou encore, si la moitié des membres des deux groupements ne sont pas présents, une nouvelle réunion sera convoquée, elle délibérera valablement quel que soit le nombre de membre présents, sur tous les points portés à l'ordre du jour pour la seconde fois.

**Art. 15.** En cours de réunion, chaque membre peut proposer de modifier l'ordre du jour. Les modifications doivent être adoptées à l'unanimité.

**Art. 16.** Le secrétaire de la Commission paritaire dresse le procès-verbal des réunions. Une copie du procès-verbal est envoyée aux membres.

Les membres disposent d'un délai de quinze jours à compter de la date de la poste de l'envoi du procès-verbal, pour faire connaître leurs observations au président. Toutefois, sur proposition d'une délégation et après avoir entendu, dans le délai de quinze jours précité, les autres délégations concernées, le président peut modifier ce délai.

Si aucune modification du texte n'est proposée, le procès-verbal est définitif. Dans le cas contraire, les observations sont examinées lors d'une prochaine réunion. Sur la base des conclusions de cet examen, le secrétaire dresse le texte définitif du procès-verbal.

Une copie du texte définitif du procès-verbal est envoyée aux membres.

**Art. 17.** Le Ministre communautaire de l'Enseignement, de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 12 novembre 1990.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président,  
J. MARAITE

Le Ministre communautaire de l'Enseignement, de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média,  
B. FAGNOUL

#### VERTALING

N 90 — 2967

**12 NOVEMBER 1990.** — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap tot oprichting van Paritaire Comités voor het gesubsidieerd vrij onderwijs en tot vaststelling van hun benaming, bevoegdheid, samenstelling en werkwijze

De Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 en 18 juli 1990;

Gelet op de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving, inzonderheid op de artikelen 12bis, § 3, b en 45, gewijzigd bij de wet van 11 juli 1973;

Gelet op het akkoord van de Gemeenschapsminister van Begroting, gegeven op 6 november 1990;

Gelet op de raadpleging van de meest representatieve groeperingen van de inrichtende machten en van de personeelsverenigingen van het gesubsidieerd vrij onderwijs aangesloten bij een in de Nationale Arbeidsraad vertegenwoordigde syndicale organisatie;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het noodzakelijk is, dat dit besluit onverwijld in werking treedt, gelet op de toestand, die de openbare orde dreigt te schaden;

Op voordracht van de Gemeenschapsminister van Onderwijs, Vorming, Culturele Animatie en Media,

Besluit :

#### HOOFDSTUK I. — Inleidende bepaling

**Artikel 1.** Er worden voor de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd vrij onderwijs paritaire comités van werkgevers opgericht waarvan de benaming, de bevoegdheid en de werkwijze in dit besluit worden vastgesteld.

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° « werkgever » : de inrichtende macht van het gesubsidieerd vrij onderwijs;

2° « werknemer » : het door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd personeelslid van de gesubsidieerde instellingen van het vrij onderwijs;

3° « de wet » : de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

4° « werkgeversorganisaties » : de representatieve groeperingen van de inrichtende machten van het gesubsidieerd vrij onderwijs;

5° « werknemersorganisaties » : de personeelsverenigingen van het gesubsidieerd vrij onderwijs aangesloten bij een in de Nationale Arbeidsraad vertegenwoordigde syndicale organisatie, bedoeld in artikel 45, § 1 van de wet.

#### HOOFDSTUK II. — Het Centraal Paritair Comité

**Art. 2. § 1.** Er wordt één « Centraal Paritair Comité voor het gesubsidieerd vrij onderwijs » opgericht, hierna te noemen « Centraal Paritair Comité ».

§ 2. Het Centraal Paritair Comité is bevoegd voor :

1° de in artikel 45, § 9 van de voormelde wet bedoelde aangelegenheden die betrekking hebben op alle graden van onderwijs van het gesubsidieerd vrij onderwijs;

2° alle andere aan het comité uitdrukkelijk opgedragen aangelegenheden.

§ 3. Op verzoek van een groepering van inrichtende machten kan de Executieve een of meer paritaire subcomités oprichten. Op advies van het Centraal Paritair Comité bepaalt de Executieve welke personen en welk gebied tot het ressort ervan behoren. De beslissingen van die paritaire subcomités hebben geen uitwerking dan nadat zij door het Centraal Paritair Comité zijn bekrachtigd.

**Art. 3. § 1.** Het Centraal Paritair Comité is samengesteld uit :

a) vier vertegenwoordigers van de werkgeversorganisaties en vier vertegenwoordigers van werknemersorganisaties;

b) een voorzitter en een ondervoorzitter;

c) maximaal twee referendarissen;

d) een secretaris en een adjunct-secretaris.

§ 2. De in c) en d) bedoelde leden staan onder het hiërarchisch gezag van de voorzitter van het Centraal Paritair Comité of diens plaatsvervanger.

§ 3. De Executieve bepaalt de vergoedingen waarop de leden recht hebben.

**Art. 4. § 1.** Voor elke stemgerechtigd mandaat wordt één effectief lid en één plaatsvervangend lid benoemd. Een plaatsvervangend lid kan alleen zitting hebben ter vervanging van een effectief lid dat dezelfde organisatie vertegenwoordigt.

§ 2. Het mandaat van de leden duurt vier jaar. Het kan worden hernieuwd. De leden blijven in functie tot dat hun opvolgers zijn aangesteld.

Het mandaat van een effectief of plaatsvervangend lid eindigt :

1° wanneer de duur van het mandaat is verstrekken;

2° in geval van ontslagneming;

3° wanneer de organisatie die de betrokkene heeft voorgedragen, om zijn vervanging verzoekt;

4° wanneer de betrokkene geen deel meer uitmaakt van de organisatie die hem heeft voorgedragen;

5° in geval van overlijden;

6° wanneer hij de leeftijd van vijftig jaar heeft bereikt.

Er wordt onmiddellijk voorzien in de vervanging van elk lid wiens mandaat een einde heeft genomen voor het normaal verstrekken is. In dit geval voltooit het nieuwe lid het mandaat van het lid dat hij vervangt.

§ 3. Het deelnemen door personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs aan de werkzaamheden en vergaderingen van het Centraal Paritair Comité wordt gelijkgesteld met dienstactiviteit. Zij, blijven alle voordelen genieten die zijn in hun ambt genoten met inbegrip van de weddeverhogingen en bijkomende vergoedingen.

**Art. 5.** De zetel van het Centraal Paritair Comité voor het gesubsidieerd vrij onderwijs is gevestigd te Eupen.

#### HOOFDSTUK III. — *De paritaire comités*

**Art. 6. § 1.** De volgende paritaire comités worden opgericht :

a) het paritair comité voor het gesubsidieerd vrij basisonderwijs en buitengewoon onderwijs;

b) het paritair comité voor het gesubsidieerd vrij secundair onderwijs en hoger onderwijs.

§ 2. Op verzoek van een groepering van inrichtende machten kan de Executieve een of meer paritaire subcomités oprichten. Op advies van het Centraal Paritair Comité bepaalt de Executieve welke personen en welk gebied tot het ressort ervan behoren.

De beslissingen van die paritaire subcomités hebben geen uitwerking dan nadat zij door het Centraal Paritair Comité zijn bekrachtigd.

**Art. 7. § 1.** De in artikel 6 vermelde paritaire comités zijn bevoegd voor :

1° de in artikel 45, § 2 van de wet vermelde aangelegenheden die uitsluitend op de betrokken graad betrekking hebben;

2° voor alle andere het uitdrukkelijk opgedragen aangelegenheden;

3° voor de aangelegenheden doorverwezen door het centrale paritaire comité.

**Art. 8. § 1.** De in artikel 6 bedoelde paritaire comités zijn samengesteld uit :

a) vier vertegenwoordigers van de werkgeversorganisaties en vier vertegenwoordigers van de werknemersorganisaties;

b) een voorzitter en een ondervoorzitter;

c) één referendaris;

d) een secretaris en een adjunct-secretaris.

**Art. 9.** Het bepaalde van de artikelen 3, §§ 2 en 3, 4 en 5 is *mutatis mutandis* van toepassing op de paritaire comités bedoeld in artikel 6.

#### HOOFDSTUK IV. — *Algemene bepalingen*

**Art. 10. § 1.** Een aangelegenheid wordt aan het paritair comité voorgelegd op initiatief van de voorzitter, van een werkgevers- of van een werknemersorganisatie.

§ 2. Aangelegenheden die door een werkgevers- of een werknemersorganisatie aangebracht worden, moeten op de eerstvolgende bijeenkomst behandeld worden. Deze bijeenkomst dient plaats te vinden binnen dertig dagen nadat het punt werd aangebracht.

**Art. 11. § 1.** De voorzitter stelt de agenda op rekening houdende met de in artikel 11 bedoelde initiatieven, en bepaalt de datum van de vergaderingen.

Hij leidt de debatten, handhaaft de orde in de vergaderingen en ondertekent de correspondentie namens het comité. Hij vertegenwoordigt het comité in de betrekkingen van dit comité met derden.

De leden van de paritaire comités hebben recht van inzage in deze correspondentie.

§ 2. De secretarissen vervullen hun opdracht onder het gezag en de leiding van de voorzitter. Ten minste één secretaris woont de vergadering van het comité bij.

**Art. 12.** De oproepingen met de agenda worden door de secretaris ten minste tien dagen voor de datum van de vergadering aan de leden toegezonden. De postdatum geldt als bewijs van verzending.

Bij elke oproepingen wordt de documentatie gevoegd die voor de bespreking nodig is.

Met het oog op de besprekingen ontvangen de betrokken groeperingen van een werkgevers- of van een werknemersorganisatie alle nodige documentatie.

**Art. 13.** Het effectief lid dat verhinderd is, voorziet in zijn vervanging. Wanneer een plaatsvervangend lid effectief lid vervangt, verwittigt het hiervan de voorzitter bij de aanvang van de vergadering.

**Art. 14. § 1.** De paritaire comités beraadslagen en beslissen alleen dan geldig, wanneer ten minste helft van de effectieve leden of plaatsvervangende leden die de werkgevers vertegenwoordigen, en de helft van de effectieve of plaatsvervangende leden die de werknemers vertegenwoordigen, aanwezig zijn.

§ 2. De leden die zetelen namens de werkgevers en die welke zetelen namens de werknemers, moeten in gelijk aantal zijn om aan de stemming deel te nemen. In voorkomend geval wordt de pariteit hersteld.

§ 3. Is de helft van de leden die zetelen namens de werkgevers of de helft van de leden die zetelen namens de werknemers of de helft van de leden van beide groeperingen niet aanwezig, dan wordt opnieuw een vergadering bijeengeroepen, die geldig kan beraadslagen en beslissen, ongeacht het aantal aanwezige leden, over de punten die voor de tweede maal op de agenda worden geplaatst.

**Art. 15.** Ieder lid heeft recht, ter vergadering, wijzigingen aan de agenda voor te stellen. Wijzigingen moeten unaniem worden aangenomen.

**Art. 16.** De secretaris van het paritair comité stelt de notulen van de vergaderingen op. Een afschrift van de notulen wordt toegezonden aan de leden.

De leden beschikken over een termijn van vijftien dagen vanaf de postdatum van de verzending van de notulen, om hun opmerkingen aan de voorzitter ter kennis te brengen. De voorzitter kan evenwel op voorstel van een afvaardiging en na de andere betrokken afvaardigingen binnen de voormelde termijn van vijftien dagen gehoord te hebben, die termijn wijzigen.

Wordt geen tekstwijziging voorgesteld dan worden de notulen definitief. In het tegengestelde geval worden de opmerkingen onderzocht tijdens een volgende vergadering. Aan de hand van de conclusies van dat onderzoek stelt de secretaris de definitieve tekst van de notulen wordt toegezonden aan de leden.

**Art. 17.** De Gemeenschapsminister van Onderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 12 november 1990.

De Voorzitter van de Duitstalige Executieve,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Onderwijs, Vorming, Culturele Animatie en Media,

B. FAGNOUL

## BRUSSELSE HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

### BRUSSELSE HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N 90 — 2968

**22 NOVEMBER 1990.** — Verordening houdende vaststelling van de tarieven die van toepassing zijn voor het bezoldigd vervoer van personen per taxi (1)

De Brusselse Hoofdstedelijke Raad heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

**Artikel 1.** Deze verordening regelt een aangelegenheid bedoeld bij artikel 108ter, § 2, van de Grondwet;

**Art. 2.** Deze verordening is van toepassing op de exploitanten van een taxidienst, houders van een vergunning afgeleverd door de diensten van de Brusselse Agglomeratie.

**Art. 3.** Het tarief voor het vervoer per taxi wordt als volgt vastgesteld :

1. Kilometerprijs :
  - tarief I : 35 frank;
  - tarief II : 70 frank.
2. Opnemingsbedrag : 90 frank.
3. Wachtgeld per uur : 560 frank.

**Art. 4.** Als overgangsmaatregel en uiterlijk tot een door de Executieve vastgestelde datum, mogen de exploitanten van voertuigen uitgerust met taximeters die nog niet werden afgesteld op de door onderhavig besluit toegelaten tarieven, de ritprijs aangeduid door de taximeter op basis van het vóór de datum van inwerkingtreding van dit besluit geldende tarief, verhogen met 8 pct.

Deze toelating is ondergeschikt aan de voorwaarde dat op de taximeter een aanplakbriefje is aangebracht met de volgende vermelding :

« De prijs aangeduid door deze taximeter mag worden verhoogd met 8 %, fooi inbegrepen, krachtens de agglomeratieverordening van ... ».

(1) Gewone zitting 1990-1991.

Dokumenten van de Raad : A — 58/1. Ontwerp van verordening. — A - 58/2. Verslag.

Volledig verslag. Bespreking en goedkeuring. Vergadering van 13 november 1990.

### REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F 90 — 2968

**22 NOVEMBRE 1990.** — Règlement fixant le tarif applicable pour le transport rémunéré de personnes par taxis (1)

Le Conseil de la Région de Bruxelles-Capitale a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent règlement règle une matière visée à l'article 108ter, § 2, de la Constitution.

**Art. 2.** Le présent règlement est applicable aux exploitants d'un service de taxis titulaires d'une autorisation délivrée par les services de l'Agglomération bruxelloise.

**Art. 3.** Le tarif pour le transport par taxis est fixé comme suit :

1. Prix kilométrique :
  - en tarif I : 35 francs;
  - en tarif II : 70 francs.
2. Prise en charge : 90 francs.
3. Heure d'attente : 560 francs.

**Art. 4.** A titre transitoire et au plus tard jusqu'à une date fixée par l'Exécutif, les exploitants de voitures munies d'un taximètre qui n'est pas encore réglé sur les tarifs autorisés par le présent règlement, peuvent majorer de 8 % le prix de la course indiquée par le taximètre sur base du tarif en vigueur avant la date de l'entrée en vigueur du présent règlement.

Cette autorisation est subordonnée à la condition que le taximètre porte un affichette avec la mention suivante :

« Le prix indiqué par ce taximètre peut être majoré de 8 %, pourboire inclus, en vertu du règlement d'agglomération du ... ».

(1) Session ordinaire 1990-1991.

Dokument van de Raad : A — 68/1. Projet de règlement. — A - 68/2. Rapport.

Compte rendu intégral. Discussion et adoption. Séance du 13 novembre 1990.